

Peter Ruben

## Der Kommunismus als Antwort auf die soziale Frage<sup>1</sup>

Die Antwort der Kommunisten auf die soziale Frage ist von faszinierender Einfachheit: Wenn die soziale Frage durch die Vermögenslosigkeit der Proletarier verursacht ist, so ist die Herstellung des *Gemeineigentums* am Produktivvermögen die strikte und ein für allemal gültige Lösung des Problems. Daher sagen auch Marx und Engels im 'Manifest der Kommunistischen Partei': Die Kommunisten können „ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen“. Diese Sicht ist nur die Wiederholung einer längst formulierten These. Babeuf sagt im 'Manifest der Plebejer' vom 30. November 1795: "*Schwätzt soviel ihr wollt über die beste Regierungsform, ihr werdet nichts ausrichten, solange ihr nicht die Keime der Habsucht und des Ehrgeizes zerstört habt. (...) Daher müssen die gesellschaftlichen Institutionen es zuwege bringen, jedem einzelnen die Hoffnung zu nehmen, jemals durch seine Bildung reicher, mächtiger oder vornehmer als seinesgleichen zu werden. (...) Das einzige Mittel, um zu diesem Ziel zu kommen, besteht darin, eine gemeinschaftliche Verwaltung einzuführen; das Privateigentum abzuschaffen; jeden Menschen die Fähigkeit und Fertigkeit ausüben zu lassen, auf die er sich versteht; ihn zu verpflichten, die Frucht seiner Arbeit im gemeinsamen Vorratsspeicher in natura abzuliefern; und eine einfache Verwaltung der Verteilung einzurichten, (...) die über alle Personen und alle Sachen Buch führt und letztere in peinlichster Gleichheit verteilen (...) läßt.*" Über die Realisierbarkeit seiner Empfehlung hat Babeuf übrigens keinen Zweifel: "Daß eine solche Verwaltung realisierbar ist, haben die Erfahrungen gezeigt,

---

<sup>1</sup> Vortrag vor dem 10. Leutherheider Forum, das vom 17. bis 20. Juli 1997 zum Thema ‚Die soziale Frage in Europa seit einem Jahrhundert – vor dem Jahr 2000‘ tagte, veranstaltet von der Adalbert-Stiftung-Krefeld in Zusammenarbeit mit der Universität Hannover. Erstveröffentlichung im Protokollband dieser Tagung, S. 39–46 (Die Leutherheider Fora finden seit 1991 unter dem Patronat der Paul-Kleinewefers-Stiftung Krefeld, später Adalbert-Stiftung-Krefeld, statt. Die entsprechenden Beiträge werden ohne besonderen Titel in Editionen der Stiftung, nummeriert nach den jeweiligen Tagungen, präsentiert). Die Druckfehler dieser Publikation sind hier beseitigt worden.

denn sie wird bei den anderthalb Millionen Mann unserer zwölf Armeen angewandt (und was im kleinen, ist auch im großen möglich)."

Im 20. Jahrhundert ist diese Position nicht verändert worden. Die Mauserung der bolschewistischen Fraktion der russischen Sozialdemokratie zur Kommunistischen Partei Rußlands (im März 1918 formell konstituiert) ist die Wiederaufnahme des Babeufischen Programms, keine "Asiatschina". Neu ist nur die Feststellung, "daß sich der alte bürgerliche Parlamentarismus überlebt hat, daß er mit den Aufgaben der Verwirklichung des Sozialismus absolut unvereinbar ist, daß nicht gesamt-nationale, sondern nur Klasseninstitutionen (wie es die Sowjets sind) imstande sind, den Widerstand der besitzenden Klassen zu brechen und das Fundament der sozialistischen Gesellschaft zu legen" Und in Deutschland proklamiert Rosa Luxemburg in ihrer Programmrede vor dem Gründungsparteitag der KPD am 31. Dezember 1918 die Rückkehr zur Auffassung des 'Manifests der Kommunistischen Partei' vom Februar 1848. Genosse Bäumer aus Worpsswede erklärt in der Diskussion zu ihrem Referat: "Genossen, wenn wir gegen das Privateigentum, gegen den Privatbesitz sind (...), so dürfen wir nicht haltmachen vor dem Kleinbesitzer, denn enteignen wir; so haben wir radikal zu enteignen. Enteignen wir nur den Großbesitz und lassen wir eine gewisse Summe kleinen Kapitals bestehen, so schließen wir einen Kompromiß mit dem Kapitalismus, dessen Spitze sich letzten Endes gegen uns richten wird und muß, und unser ganzer Sozialismus ist kapitalistisch kompromittiert." "Sehr richtig", wird dazu aus dem Auditorium gerufen. Die "kapitalistische Kompromittierung" wird später in der DDR, – die wesentlich, soweit sie deutscher Determination unterworfen gewesen ist, die staatliche formierte Fortsetzung der radikalen Linken (also USPD und KPD) von 1918/19 ist – mit der Verstaatlichung der letzten privaten und halbstaatlichen Betriebe beseitigt, die das SED-ZK am 6. und 7. Juli 1972 als abgeschlossen feststellt, so daß E. Honecker seinem Genossen L. Breshnew in einem Brief am 13. Juli 1972 mitteilen kann: In diesen Tagen ist in der DDR "die Arbeit von den letzten Erscheinungen der Ausbeutung" befreit worden.

Die faszinierende Einfachheit der kommunistischen Antwort auf die soziale Frage ist also mit einer ebenso faszinierenden Konsequenz durchgehalten und realisiert worden. So gibt es nach meinem Dafürhalten keinen Zweifel an der definitiven Bestimmung des Kommunismus, *abstrakte Negation des persönlichen Privateigentums*

zu sein. Dies gilt unabhängig davon, was einzelne Kommunisten oder kommunistische Fraktionen zeitweilig über das Verhältnis zum persönlichen Produktivvermögen gedacht oder vorgestellt haben. Denn das hat immer nur den Weg zum Kommunismus unter den konkreten geschichtlichen Bedingungen berührt, nie aber die Grundsatzannahme über das Wesen desselben. Dies festzuhalten, ist mit Blick auf die Unterscheidung der Gesellschaft von der Gemeinschaft von entscheidender Bedeutung. Trifft es nämlich zu, daß die Gesellschaft (*societas*) durch die Zirkulation der Tauschgüter wirklich ist, so kann die Realisation der kommunistischen Idee niemals etwas anderes als die Schaffung einer (kommunistisch verfaßten) Gemeinschaft bedeuten. Eine "kommunistische Gesellschaft" ist demnach ein Phantasma, und der entsprechende Terminus bedeutet eine *contradictio in adiecto*, d. h. die bare Falschheit, die nicht materiell realisiert werden kann. Ist die Gesellschaft durch den (ökonomischen) Austausch verwirklicht, so besteht sie in der Determination der Tauschenden, ob sie nun Gemeineigentümer (repräsentantenweise vertreten) oder persönliche Eigentümer sind, als gegenseitig voneinander unabhängige, über den Preis der Tauschgüter verhandelnde Akteure. Genau dadurch sind sie als *Sonder-* oder *Privateigentümer* bestimmt (das System der wechselseitigen Anerkennung, worin jeder den anderen als Eigner eben des Gutes akzeptiert, das er durch Eintausch zu erlangen trachtet; Raub oder Krieg konstituiert keine Gesellschaft, bestenfalls ein Imperium, in dem der Besiegte dem Sieger fleißig Tribute zu liefern hat). Mit anderen Worten: Die kommunistische Negation des Privateigentums ist in jeder *besonderen* Gemeinschaft nur eine *innere* Negation. Sie kann nur als vollendet verwirklicht gelten, wenn sie kommunistische Weltgemeinschaft der Menschen herbeigeführt hat.

Mit aller Deutlichkeit hat das W. Harich formuliert: „In einer kommunistisch organisierten Welt wären die Fabrikationsstätten jedes industrialisierten Land ohne Ausnahme (...) Volkseigentum. Sie wären aber auch nicht mehr nur Eigentum des bestimmten Volkes (...), sondern Eigentum gleichermaßen aller Völker (...), Eigentum der Menschheit überhaupt. (...) Es gäbe den vom Weltwirtschaftsrat ausgearbeiteten Weltwirtschaftsplan mit seinen Kontingentierungsaufgaben (...), und für den Einzelnen gäbe Rationierungskarten, Bezugsscheine, damit basta.“ Harich weiß, daß die kommunistische Antwort auf die soziale Frage die Ersetzung des Austauschs durch „die Verteilung vorhandener Gebrauchswerte an diejenigen, die sie benötigen“ bedeutet.

„Nach der Tauschwertäquivalenz (...) würde dann (...) nicht mehr gefragt werden. (...) Ja, der Weltmarkt muß abgeschafft und durch ein globales System gerechter Verteilung ersetzt werden. (...) Es würde nichts mehr beglichen werden, denn es gäbe kein Geld, keinen Zahlungsverkehr mehr.“ Dies besagt nach der erklärten Unterscheidung der Gesellschaft von der Gemeinschaft: Kommunismus als abstrakte Negation des persönlichen Privateigentums ist eben deswegen *Negation der Gesellschaft*, d. h. Lösung des sozialen Problems durch *Liquidation der Sozialität*.

Diese Feststellung ist nur dann irritierend, wenn man die Termini *Gemeinschaft* und *Gesellschaft* in ununterschiedener Bedeutung verwendet, also Tönnies' Ansatz für eine merkwürdig romantische Verschrobenheit hält. Die Wahrheit ist natürlich umgekehrt die, daß die Ausgrenzung des Denkens Tönnies' aus dem soziologischen mainstream den Verzicht auf logische und kategoriale Strenge meint, also die Verhimmelung der Pluralität des Meinens. Das hat nichts mit der Wissenschaft zu tun, wohl aber mit ideologischer Marktgängigkeit, geht uns hier also nichts weiter an.

Es ist in diesem Zusammenhang ausdrücklich zu notieren, daß die Unterscheidung dessen, was im Deutschen einerseits mit *Gemeinschaft* (das deutsche Wort *Gemeinde* hat denselben Ursprung wie das lateinische Wort *commune*) und andererseits mit *Gesellschaft* (dieses Wort ist eine Übersetzung des lateinischen Worts *societas*) ausgedrückt wird, für die Unterscheidung des Kommunismus vom Sozialismus wesentlich ist. Es ist dann nämlich der *Kommunismus* eine *Gemeinschaftsordnung*, der Sozialismus dagegen eine *Gesellschaftsordnung*.

Die Unterscheidung des Sozialismus vom Kommunismus hat Lorenz Stein 1842 in die deutsche intellektuelle Szene nachhaltig eingeführt. Und es muß nach der Erfahrung des Zusammenbruchs des osteuropäischen Kommunismus zwischen 1989 und 1991, soll er begriffen werden, der Rückgriff auf die geistige Tradition wenigstens seit Babeuf erfolgen. Denn dieser Zusammenbruch ist, so darf man doch wohl sagen, das experimentelle Resultat auf den Versuch, die kommunistische Idee zu realisieren. Man kann dieses Resultat nicht verstehen, ohne die Produktion der Idee zu erkennen, die in ihm ihre Probe erfahren hat.

Stein schreibt in der dritten Fassung seiner Darstellung 1850: "Der Sozialismus, mit der industriellen Arbeit entstanden, hat zuerst den Widerspruch der Idee der Persönlichkeit mit der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit erkannt und

ausgesprochen. Er hat von dieser Erkenntnis aus den Grundsatz aufgestellt, daß die Arbeit als freie Betätigung der Persönlichkeit, von dieser Herrschaft frei, daß sie im Gegenteil bestimmt sein müsse, ihrerseits das Kapital zu beherrschen, das heißt, allein zu bestimmen, in welcher Weise das Einkommen verteilt werden solle." Im Unterschied dazu, so Stein, „muß man (...) sich hüten, unter dem Kommunismus sich irgendein bestimmtes System, irgendein klares logisches Prinzip zu denken. Noch gegenwärtig hat der an Kraft und Umfang täglich wachsende Kommunismus durchaus keine ihm eigentümliche Lehre; alle einzelnen kommunistischen Richtungen und Systeme haben wenig oder gar keine Gewalt über ihn; er hat sie bald abgeworfen, bald anerkannt, sich ihnen zum Teil hingegeben und sie wieder vergessen, ohne seinen Charakter, ohne seine Richtung zu ändern. Eben dadurch ist er aber viel wichtiger und mächtiger als aller Sozialismus, (...) während der Sozialismus der wissenschaftliche Ausdruck der Auffassung jener sozialen Frage im Geiste eines einzelnen Menschen ist, ist der Kommunismus vielmehr diese Auffassung einer ganzen Klasse, der Ausdruck eines ganzen Zustandes, (...) in seiner inneren Bedeutung (...) wird man ihn (...) allein aus den Elementen der industriellen Gesellschaft und ihrem Gegensatze verstehen."

Das Prinzip dieser Gesellschaft, so Stein, „ist die durch die Familie dauernd erhaltene Herrschaft des Besitzes über den Nichtbesitz, den das Recht des Gesetzes und die Gewalt des Staates schützen. Sowie dies einmal von der ganzen... Klasse der Nichtbesitzer erkannt ist, beginnt plötzlich eine gänzliche Umgestaltung der Auffassung derselben in allen öffentlichen Dingen. Es entsteht der Haß der Nichtbesitzer und Arbeiter gegen die Besitzenden, und besonders gegen die Kapitalisten, die von arbeitslosem Kapitalertrag leben.“

So ist der Kommunismus die gesetzte Universalisierung der Lage, in der sich die vermögenslosen Arbeiter in der industriellen Gesellschaft ohnehin befinden. Er ist darin wesentlich negativ. Er ist die Negation des Kapitalismus auf dem Boden des Kapitalismus. Die konstruktive Bestimmung der Organisation künftiger kommunistischer Gemeinschaft wird, wenn die politische Macht errungen ist, ein Produkt des Kampfes kommunistischer Fraktionen untereinander, worin über die ökonomische Natur dieser Organisation der Dilettantismus das letzte Wort hat.

Dieser Dilettantismus hat zunächst die ganz verständliche Unbildung der kommunistischen Akteure zur Basis, die sie nicht selten im Kontakt mit Intellektuellen

noch kultivieren und dann für das Signum revolutionärer Tatkraft halten. Ebenso jedoch ist der Angriff der Verteidiger der bestehenden Gemeinschaftsordnung und der Bedingungen der Gesellschaft auf ihre kommunistischen Liquidatoren Garantie der Erhaltung dieses Dilettantismus, weil er die öffentliche Befassung mit dem zugrunde liegenden Problem denunziert. Im 'Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie' vom 21. Oktober 1878 z. B. wird deklariert: "§ 9 Versammlungen, in denen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zutage treten, sind aufzulösen." § 11 ordnet das Verbot entsprechender Druckschriften an. So subsumiert der Geist der Obrigkeit *soziale Demokratie*, *Sozialismus* und *Kommunismus* unter ein und dieselbe Bestimmung, nämlich verboten zu sein. Das wirkliche Problem ist so nicht mehr die Klärung oder gar Aufklärung über soziale Demokratie, Sozialismus und Kommunismus, sondern die polizeiliche Verbotsgarantie und der Kampf gegen das Verbot. In dieser politischen Lage kommt es auf die Unterscheidung gar nicht mehr an. Und so haben wir es denn in der Tat mit einer langen Tradition der Identifikation von Sozialismus und Kommunismus zu tun, die zwar in der Nichtunterscheidung der Gesellschaft von der Gemeinschaft ihre geistige Heimat hat, aber auch sonst aus allerlei sumpfigen Quellen gespeist wird.

Vom Sozialismus, also einer begrifflich bestimmten *Gesellschaftsordnung*, kann schon deshalb nicht gesprochen werden, weil weit und breit zwar eine inflationäre Verwendung dieses Wortes erfolgt, aber niemals eine wirkliche Theorie des Sozialismus gebildet worden ist (aus Gründen der Achtung jeglicher Parteidogmatik). Dies wird solange nicht geschehen, solange die Sozietät nicht im Unterschied zur Kommune wirklich *gedacht* wird. Der Steinsche Ansatz ist liegen geblieben, und was Marx und Engels zum Sozialismus zu sagen hatten, kann man im 'kommunistischen Manifest' finden. Stein hat erfaßt, daß die gesetzte Vorstellung vom Sozialismus, d. i. die Idee der Arbeit als Distributionsprinzip, an der Existenz des Kapitals, d. i. das sachliche Produktivvermögen in der Präsentation des für seinen Gebrauch ausgegebenen Geldes, scheitert. Daher hat er das Konzept der sozialen Demokratie kreiert. Inzwischen haben wir es in vielen Ländern mit Millionen von Aktionären zu tun, die gleichwohl Werkstätige sind, also Leute, die nach Erwartung der marxistisch-leninistischen Kommunisten sich zur Klasse für sich zusammenschließen sollten. Unter

ihnen finden wir heute begeisterte Kenner der Börsenkurse, die den Ersatz des Parteibuchs durch Aktien mit der Privatmeinung goutieren: Man muß den Kapitalismus schädigen, wo man kann. (Früher hieß es: Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!) So scheiden sie zwar heiter von der Vergangenheit, doch wissend gewiß noch nicht.

Für den Sozialismus jedenfalls, wenn er die Theorie einer Gesellschaftsordnung in der Tat sein soll, ist die erste Bedingung, die Gesellschaft für sich wirklich zu thematisieren, sie nicht fortwährend mit der Gemeinschaft zu verwechseln. Und die zweite Bedingung besteht darin, die Vorstellung vom Privateigentum als der Ursache aller sozialen Übel für eine Chimäre des romantischen Gemeinsinns (d. h. desjenigen, der 1793 französisch mit der *Levée en masse* und deutsch zu Pfingsten desselben Jahres mit der Begeisterung des persönlichen Gemüts angesichts der Nürnberger Burg ins Leben getreten ist) zu halten und ad acta zu legen. Dies wird ermöglicht, wenn die Sozialtheorie den Markt nicht nur als Veranstaltung wechselseitiger Prellerei wahrnimmt, sondern als die menschliche Rennbahn für den Wettbewerb um wertbevorzugte Produktivkräfte. Um diese Rennbahn überhaupt zu beschicken, brauchen die Gemeinschaften die *ökonomische Freiheit der Person*. Diese ist ohne persönliches Produktivvermögen nicht zu haben. Daß diese ökonomische Freiheit der Person ihre liberalen Ideologen hat, muß den geschichtlich gewitzten Sozialisten nicht als Falsifikationsinstanz für das Prinzip gelten. Vielmehr hat er die Aufgabe, den *Widerspruch* dieser Freiheit mit der gleichen Freiheit der Gemeinwesen zu denken und ausführbare Methoden seiner Beherrschung zu erfinden. Falls ich es richtig sehe, stellt die gegenwärtige so genannte "Krise des Sozialstaats" eben dieses Problem. Es ist daher dem Sozialismus eine große internationalistische Zukunft vorherzusagen.

#### Nach der Erfahrung des kommunistischen Experiments

Die kommunistische Negation des persönlichen Privateigentums kann nach Marx selbstverständlich nur dadurch verwirklicht werden, daß sich die Proletarier aus einer Klasse an sich in eine Klasse für sich umwandeln und sich in einer Revolution zur herrschenden Klasse erheben, um die "Expropriation der Expropriateure" effektiv zu bewerkstelligen. Während der Kommunismus im 19. Jahrhundert noch hoffen konnte, mit der zunehmenden Proletarisierung die Mehrheit der Nation unter seine Fahnen zu versammeln, hat die deutsche Novemberrevolution diese Hoffnung mit der

Entscheidung des ersten Rätekongresses für die Nationalversammlung zerstört. Das war den deutschen Kommunisten voll bewußt, als sie die exklusive Alternative "entweder Nationalversammlung oder Rätekongreß" zur Bedingung ihrer Politik machten und die Nationalversammlung zum Hort der Gegenrevolution erklärten. Sie verstanden sich also als Minderheit und wußten, daß die Herrschaft dieser Minderheit die Diktatur gegen die Demokratie kehrt (die einen mit der frommen Hoffnung, daß die "wahre" Demokratie als Ordnung aller Werktätigen noch werden könnte, die anderen mit dem im Weltkrieg erworbenen Wissen, daß die kaiserlichen Offiziere keinen Pardon kennen, wenn sie können, man daher die Pistole immer griffbereit haben müsse). Aber als sie sich im Januar 1919 der enormen Massen auf den Berliner Straßen versicherten, wußten sie nicht, wie denn nun die Macht zu ergreifen wäre. Der Sozialdemokrat Noske mobilisierte die Weiße Armee (die alte kaiserliche zerrann ihm im Dezember 1918 unter den Händen), und der Mordanschlag auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurde zur unwiderruflichen Entgegensetzung zwischen deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten. Über die dadurch gesetzte Möglichkeit des Sieges des „Nationalsozialismus" sei hier weiter kein Wort verloren. Nur dies ist zu sagen, daß mit der alliierten Niederschlagung des deutschen Faschismus die kommunistische Kompetenz a priori den russischen Kommunisten zufallen mußte (wie übrigens die demokratische Kompetenz den US-Amerikanern). Die deutschen Kommunisten konnten nach dem 8. Mai 1945 nichts mehr als die Juniorpartner der russischen sein. Das Problem der Verarbeitung unserer Erfahrung besteht nicht darin, diese Tatsache für ein Problem zu halten, sondern zu erkennen, inwieweit die deutschen Kommunisten in der DDR ihre nationale Rolle unter der Bedingung einer 45 Jahre währenden Liquidation der nationalen Souveränität spielten oder zu spielen gezwungen waren.

Dies kann hier nicht mehr erörtert werden. Aber immerhin ist nach der historischen Erfahrung, die wir haben, nicht zu leugnen, daß es nicht doch Kommunisten gegeben hätte, die mit Blick auf den tatsächlichen Wirtschaftszustand ihrer Nationen (oder Teilnationen) das Problem einer "neuen ökonomischen Politik" im Sinne der Anerkennung des *Marktes*, also der *Gesellschaft*, thematisierten. Selbst Ulbricht, der zwischen 1952 und 1962 die Durchsetzung des Gemeineigentums mit staatlicher Gewalt am entschiedensten betrieb, mauserte sich 1962 in der Wende zur Reformdebatte um das "neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" zum

Verkünder der billigen Wahrheit, daß der Markt das Kriterium vernünftiger Planung sei. Aber die militärische Intervention 1968 in Prag hat jedes Gerede vom "Marktsozialismus", der ja vom Prager Frühling adoptiert worden ist, obsolet gemacht. Dies besagt die alte Steinsche Erkenntnis, daß der Kommunismus kein Ausdruck persönlichen *Erkennens* ist, sondern die elementare Bewegung der Negation des Personeneigentums. Einmal unter der Voraussetzung der Existenz der kommunistischen Staatsgewalt in Gang gesetzt, sind die Evolutionsbedingungen so verfaßt, daß die Restitution des persönlichen Produktivvermögens keine Chance hat. Die kommunistische Herrschaft, indem sie unter Denunziation des Privateigentums angetreten wird, steht und fällt mit einer Elite, die sich unter dem Kriterium der fortlaufenden Denunziation desselben massiv rekrutiert. Und diese Denunziation wirkt auf jene Angehörigen der Elite zurück, die angesichts der selbst erzeugten Wirtschaftsprobleme mit der Idee schwanger gehen, daß die direktive ministerielle Planung (die "Befehlswirtschaft") durch ein ökonomisches System ersetzt werden müsse, in dem die persönliche Kompetenz Geltung hat.

Die kommunistische Wendung gegen das Privateigentum definiert jeden Kommunismus überhaupt – sowohl den älteren als auch den neueren. Dieser Feststellung kann man nur entgehen, wenn man die Bedeutung des Wortes *Kommunismus* mythologisiert, d. h. mit ihm einen fernen, fernen Zustand benennt, der sich nun wirklich kaum von dem unterscheidet, der sonst auch *Paradies* genannt wird. Dann läßt sich leicht meinen: Weder in der Sowjetunion noch in der DDR noch sonst wo habe es bisher Kommunismus gegeben. Den Wert solcher Äußerungen kann man an der unterstellten semantischen Unbestimmtheit des verwendeten Wortes sehr genau ermessen. Es wird darin zum Zeichen eines frommen Wunsches, gegen den die alltägliche Realität a priori verliert – und zwar ganz gleich, in welchem Maße das originäre kommunistische Programm denn doch verwirklicht worden und damit der intellektuelle Zwang eingetreten ist, das Verwirklichte mit dem Gewollten zu vergleichen.

### Schlussbemerkung

Die Antwort, daß das Privateigentum an allem schuld sei, ist übrigens eine subjektiv nach wie vor geltende Behauptung, die auch gegenwärtig immer wieder gehört werden

kann. Die Rücksichtnahme auf die kommunistische Erfahrung im Osten Europas ist in den Breiten, in denen ich mich hier im Augenblick des Vortrags befinde, gegenwärtig nicht vorhanden, so daß aus Bereichen, die überhaupt nicht bereit sind wahrzunehmen, was in Ostdeutschland eigentlich passiert ist, fröhlich weiter die Liquidation der "warenförmigen Gesellschaft" gefordert wird. Dies besagt, daß zwar die kommunistische Staatlichkeit zu ihrem Ende gekommen ist, nicht aber die kommunistische Bewegung und nicht der Kommunismus als Partei. Das ist nach Lorenz Stein auch nicht zu erwarten. Zu hoffen bleibt, daß sich die Kommunisten ihrer Stellung als Vertreter der Ansprüche der Gemeinwesen bewußt werden und aufhören, sie in blinder Abstraktion gegen die Ansprüche der Personen durchsetzen zu wollen. Die Bedingung, diese Hoffnung zu erfüllen, ist die, den Widerspruch zwischen Person und Gemeinwesen zu erkennen, zu denken und Wege seiner Aufhebung (natürlich im Sinne Hegels) zu finden.